
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.61052

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Joachim ARENTH, Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Belastungen 1963–1969, München (Olzog) 1994, IX–335 S.

Der Vietnam-Krieg ist bekanntlich das Trauma der Vereinigten Staaten von Amerika: Er spaltete die amerikanische Gesellschaft in den sechziger Jahren, entfremdete die Regierung einem großen Teil der öffentlichen Meinung und wuchs sich zu einem militärischen Desaster aus, das die außenpolitische Glaubwürdigkeit der USA generell beeinträchtigte. Zudem erwies sich das amerikanische Vietnam-Engagement auch als eine Belastung für die transatlantischen Beziehungen innerhalb des westlichen Bündnisses. Insbesondere diesen Aspekt betont die Studie. Das ist sicherlich kein ganz so origineller Ansatz und erst recht keine völlig neue These, wie der Klappentext verheißt, aber dennoch der begrüßenswerte Versuch, die Auswirkungen des bekannten asiatischen Kriegsgeschehens auf das Verhältnis der USA zu ihren engsten Verbündeten in Westeuropa – der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien – einmal genauer zu untersuchen. Das Ganze mutet um so interessanter an, als der Autor seiner Darstellung eine umfassende »Konstellationsanalyse« zugrundelegt.

So behandelt er zunächst die innenpolitische Lage in den vier Ländern: In den USA gelang es Präsident Johnson innerhalb kurzer Zeit aus dem Schatten seines Vorgängers hervorzutreten und kraft seiner großen parteipolitischen und parlamentarischen Erfahrung sowohl die Demokraten hinter sich zu bringen, als auch den Kongreß von der Notwendigkeit eines umfangreichen innenpolitischen Reformprogrammes zu überzeugen, um dann jedoch im Zuge der Eskalation des Vietnam-Krieges ab 1965 Popularität und Unterstützung selbst bei Teilen seiner eigenen Partei zu verlieren. Eine fast parallele Entwicklung wie Johnson durchlief in der Bundesrepublik Ludwig Erhard: Ende 1963 war der Vater des Wirtschaftswunders von der öffentlichen Meinung ins Kanzleramt getragen worden, um jedoch bald im Zuge des Grundsatzstreits um die westdeutsche Außenpolitik – unter der plakativen Parole »Washington oder Paris?« – sowie ökonomischer Probleme aufgerieben zu werden: Im Herbst 1966 mußte er zugunsten Kurt Georg Kiesingers und der »Großen Koalition« abtreten, der wiederum nach anfänglichen innen- und außenpolitischen Stabilisierungserfolgen ab 1968 zunehmend ihre Gemeinsamkeiten abhanden kamen. Auch die französische Politik war in den Jahren 1963 bis 1969 von Umbrüchen geprägt: Staatspräsident Charles de Gaulle konnte zwar faktisch zehn Jahre seine Position an der Spitze Frankreichs fast unangefochten halten, doch nach ersten Einbußen bei verschiedenen Wahlen zwischen 1965 und 1967 geriet er nach den Mai-Unruhen 1968 endgültig unter starken innenpolitischen Reformdruck, dem er noch vergeblich knapp ein Jahr standzuhalten versuchte. In Großbritannien ging Mitte 1963 im Zuge der Profumo-Affäre die »Ära Macmillan« glanzlos zuende. Der neue Premierminister Sir Alec Douglas-Home vermochte sich nur kurze Zeit zu halten und mußte bereits im Herbst 1964 nach einem äußerst knappen Wahlsieg der Labour-Party sein Amt an den bisherigen Oppositionsführer Harold Wilson abtreten, der dies trotz anfänglicher Zweifel an seiner Regierungsfähigkeit bis Juni 1970 innehatte.

Im zweiten Teil seiner Arbeit geht Arenth auf die gegenseitigen Einschätzungen der internationalen Akteure ein: Nach dem Scheitern von Kennedys *grand design* einer »Atlantischen Partnerschaft« konzentrierte sich die amerikanische Außenpolitik unter Johnson wieder auf die bilateralen Beziehungen zu den westeuropäischen Verbündeten: Dabei anerkannten die Amerikaner im Hinblick auf die Bundesrepublik zwar, daß sich die Regierung Erhard als ein äußerst fügsamer Verbündeter erwies, doch waren sie sich auch der Führungsschwäche des Kanzlers bewußt und zeigten sich keinesfalls bereit, Erhard besonders zu unterstützen. Dessen Nachfolger Kiesinger erwies sich dann als ein sehr viel selbstbewußter auftretender und damit auch unbequemerer Partner für die USA. Eigentlicher europäischer Herausforderer der USA aber war während des ge-

samten Zeitraums 1963 bis 1969 der französische Staatspräsident, wobei sich die amerikanische Führung, namentlich Johnson, jedoch bemühte, einen völligen Bruch der Beziehungen in der Hoffnung auf die Zeit nach de Gaulle zu vermeiden. Selbst die *special relationship* zwischen Großbritannien und den USA hatte sich Mitte der sechziger Jahre abgenutzt, da die amerikanische Führung die britische Machtposition nur noch geringschätzte und den Briten auch innerhalb Westeuropas – wo ihnen überdies de Gaulle gegenübertrat – keine Sonderrolle mehr zubilligte.

Der dritte Teil der Untersuchung geht den unterschiedlichen nationalen Interessen der vier Länder nach: Die USA waren ab Mitte der sechziger Jahre fast gänzlich auf den Vietnam-Konflikt fixiert, wobei trotz aller diesbezüglichen amerikanischen Fehlentscheidungen hervorzuheben ist, daß es der Regierung Johnson gelang, die direkte Konfrontation mit der Sowjetunion und China zu vermeiden und ihre machtpolitischen Positionen in anderen Regionen der Welt wie Lateinamerika und Westeuropa zu halten. Die Bundesrepublik enthielt sich dagegen ganz bewußt jeder weltpolitischen Rolle und konzentrierte sich auf ihre außenpolitischen Primärinteressen Westbindung und Wiedervereinigung. Eine genau entgegengesetzte Politik betrieb Frankreich, das sich unter de Gaulle wieder um eine Position als Weltmacht bemühte, wobei jedoch ökonomische Interessen und die zunehmende außenpolitische Isolierung des Landes dem enge Grenzen zogen. Immerhin konnte Frankreich weit erfolgreicher zumindest den Schein machtpolitischer Größe aufrechterhalten als sein europäischer Rivale Großbritannien, den seine ökonomische Schwäche sehr viel nachdrücklicher zwang, eine Rolle als Mittelmacht zu akzeptieren.

Im vierten Teil seiner Studie analysiert Arentz schließlich die Haltung der westeuropäischen Regierungen gegenüber der amerikanischen Vietnam-Politik: Hierbei zeigt er deutlich den Wandel der westdeutschen Haltung von weitgehend bedingungsloser Akzeptanz zu immer offenerer Distanzierung, wie sie insbesondere in der SPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre festzustellen war. Allerdings war den Politikern aller Parteien zwischen 1963 und 1969 gemeinsam, daß sie jede militärische Unterstützung für die Amerikaner in Vietnam ablehnten. Frankreich trat ab Mitte der sechziger Jahre zunehmend an die Spitze der internationalen Kritiker des amerikanischen Vietnam-Einsatzes, nachdem die USA vorherige interne Warnungen in fahrlässiger Überheblichkeit abgetan hatten. Die Regierung Nixon nutzte dann de Gaulle als Mittler in dem sich anbahnenden Friedensprozeß. Die britische Führung, namentlich Wilson, sah sich sowohl amerikanischem Druck ausgesetzt, sich militärisch in Vietnam zu engagieren als auch dem innenpolitischen Drängen – insbesondere der eigenen Labour-Party – gegenüber, sich offen von dem Vietnam-Engagement der USA zu distanzieren. Der Premierminister entzog sich diesem Dilemma, indem er sich als »ehrlicher Makler« zwischen den Kriegsparteien versuchte, wobei dem jedoch kein durchschlagender Erfolg beschieden war.

Arentz Studie kommt stellenweise zu interessanten und zutreffenden Urteilen: So im Hinblick auf die Außenpolitik Erhards, deren proamerikanische Orientierung er deutlich kritisiert, wobei er auch unterstreicht, daß Johnson im Herbst 1966 einen Sturz des ihm so gewogenen Kanzlers durchaus einkalkulierte, als er ihm jeden Kompromiß in der Frage des Devisenausgleichs verweigerte. Aufschlußreich ist aber auch seine Schilderung des amerikanischen Dilemmas, die eigenen Beistandsverpflichtungen sowohl den Westeuropäern – gegenüber der Sowjetunion – als auch den Verbündeten im pazifisch-asiatischen Raum – gegenüber China – glaubwürdig machen zu müssen. Und überzeugend ist schließlich seine Schilderung der Haltung der europäischen Verbündeten gegenüber der amerikanischen Vietnam-Politik sowie die von ihm daraus abgeleitete Komplexität der Jahre 1963 bis 1969, der das einfache Schema von »Kaltem Krieg« und »Ost-West-Gegensatz« nicht mehr gerecht wurde. Letztlich aber wird Arentz seinem ambitiösen Programm nicht gerecht: Die skizzierten Großkapitel stehen weitgehend unverbunden ne-

beneinander; jedes für sich liefert wenig Neues, was wohl auch daran liegt, daß sich der Autor nur für die Untersuchung der amerikanischen Politik auf neues Quellenmaterial stützen konnte und die Haltung der westeuropäischen Verbündeten überwiegend mit Hilfe der Tagespublizistik erörtert, die überdies noch allzu ausführlich zitiert wird. Vielleicht wäre ein weniger anspruchsvoller Ansatz, der sich allein auf die amerikanische Perspektive beschränkt hätte, daher in diesem Fall mehr gewesen.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Pierre GROSSER, *Les temps de la guerre froide. Réflexions sur l'histoire de la guerre froide et sur les causes de sa fin*, Bruxelles (Complexe) 1995, 465 S. (Questions au XX^e siècle, 77).

Das Ende des Kalten Krieges hat zahlreiche ad-hoc-Erklärungen gefunden, die freilich häufig nicht mehr als oberflächliche Selbstrechtfertigungen darstellen; die politische Indienstnahme unterschiedlicher Interpretationen des Ost-West-Konflikts dauert unvermindert an. In dieser Situation stellt sich Grosser mit einem Versuch vor, die lebhaft, aber intellektuell wenig befriedigende Debatte zu objektivieren und damit zur Historisierung des Kalten Krieges beizutragen. Er ordnet dazu die Deutungen und Forschungsergebnisse, die in den letzten zehn Jahren vorgetragen wurden, unter systematischen Gesichtspunkten, prüft sie auf ihre Tragfähigkeit und entwickelt daraus eine umfassend angelegte Gesamtinterpretation. Der Kalte Krieg, so lautet sein Befund, sei von einer Überlagerung unterschiedlicher historischer Zeiten geprägt gewesen, die alle ihre eigene Entwicklungslogik hatten: Die Zeit absoluten Mißtrauens und innenpolitischer Verhärtung, die Zeit der Bipolarität, das Nuklearzeitalter, das Zeitalter der totalen Kriege, das Zeitalter der Ideologien, das Zeitalter der industriellen Akkumulation, die lange Zeit der Moderne, der Verwestlichung, der Ausbreitung moderner Staatlichkeit und der kapitalistischen Dynamik. Ein Teil dieser Zyklen gelangte in den 80er Jahren an ihr Ende, andere wandelten sich, und aus dieser »außerordentlichen Konvergenz« (S. 358) ergab sich das Ende des Kalten Krieges.

Das ist etwas abstrakt formuliert und suggeriert in »postmodernistischer« Weise mehr an Erklärung als Grosser tatsächlich bieten kann. Beim Durchgang durch die verschiedenen Erklärungsansätze hält er jedoch eine solche Fülle scharfsinniger Beobachtungen fest, daß insgesamt gleichwohl ein reichhaltiges Gesamtbild entsteht, dessen Grundzüge sich behaupten dürften. Er macht deutlich, daß die Sowjetunion stets weit weniger Weltmacht war als die USA. Aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges zog Stalin den Schluß, daß sie gleichwohl Stärke vorspiegeln mußte, um respektiert zu werden. Gleichzeitig hatte sie sorgsam darauf zu achten, in keinen weiteren Krieg verwickelt zu werden. Die teils brutale, teils aber auch vorsichtige Politik, die daraus resultierte, wurde auf der westlichen Seite umso eher als Ausdruck eines fundamentalen Expansionismus interpretiert, als die USA aufgrund des Krieges ebenfalls ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis entwickelten und die liberale Demokratie krisenanfällig erschien. Die Eindämmungspolitik, die daraus hervorging, basierte auf der »sehr eigenartigen« (S. 102) Vorstellung, daß das Gleichgewicht der Kräfte nur solange herrschte, wie die globale Vormachtstellung der USA gewahrt blieb.

Das Ende des Kalten Krieges sieht Grosser in erster Linie als eine Folge innerer Entwicklungen in den Gesellschaften des Ostens wie des Westens. Im Ostblock nahm eine neue Mittelklasse den Abstand zum Wohlstandsniveau des Westens wahr und entdeckte die strukturelle Unfähigkeit planwirtschaftlicher Systeme, ihn aufzuholen; im Westen zwang eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft die Regierungen, die Verständigung zu suchen, und ermutigte zugleich die Dissidenten im Osten. Die Politik der Stär-